



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/95 - 26.4.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zum 1. Mai 1954	S. 1
Die Berater des chinesischen Außenministers	S. 3
Rollenwechsel im Fall Beyer	S. 5
Zur Tagung der deutsch-britischen Gesellschaft	S. 7

Maifeier als Verpflichtung

Von Willy Eichler, Mitglied des Parteivorstandes

Die Welt hallt wider von Kriegsgeschrei. Der zweite Weltkrieg, von den "Alliierten" als "antifaschistischer" Krieg geführt mit dem Menschheitsideal als Vorbild, wie es in der Atlantikcharta ausgedrückt und von allen auf alliierter Seite kämpfenden Regierungen unterschrieben wurde, hat nicht zum Frieden geführt. Fast zehn Jahre nach der Einstellung offener Feindseligkeiten gibt es heute noch keinen allgemeinen Friedensvertrag.

Das ist kein Wunder. Die Front gegen Hitler und die Achsenmächte war nur mühsam gebildet worden durch die Angriffe der Achsenmächte auf die Gegenseite. Die Gegensätze auch auf alliierter Seite waren keineswegs überwunden worden. Schon vor Beendigung des zweiten Weltkrieges war die Einteilung der Welt in neue "Einflußsphären" nach dem offenen Bruch der Atlantikcharta durch die neue Teilung Polens beschlossene Sache. Der weltpolitische Konflikt zwischen dem Osten und dem Westen vertiefte sich mehr und mehr, und es scheint seitdem zwischenstaatlicher Grundsatz geworden zu sein, daß in Umkehrung des Clausewitzschen Wortes die Politik nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist. Der zweite Weltkrieg vereinte Demokraten und Kommunisten gegen Faschisten, - die heutige Front rehabilitiert die Faschisten im Kampf gegen den Kommunismus! Demokraten sind

offenbar wandelbar!

Der Kalte Krieg hat die Nachkriegspolitik im wesentlichen beherrscht und selbst da, wo es inzwischen Heiße Kriege gegeben hat oder noch gibt, - in Griechenland, in Korea und in Indochina, sind sie im wesentlichen als weiterführende Konsequenzen aus dem Kalten Krieg zustande gekommen.

Ohne Einheit Deutschlands kein Weltfrieden

Die Teilung der Welt in Einflußsphären läuft u.a. quer durch Europa und innerhalb Europas durch Deutschland. Ohne die Behebung der Spaltung Deutschlands ist eine Einigung Europas und eine Überwindung der weltpolitischen Spannungen nicht möglich. An diesem Punkt mußte jede deutsche Politik ansetzen, die gleichzeitig eine echte europäische Politik sein wollte und einen Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens beizusteuern wünschte. Die Politik der deutschen Bundesregierung hat nicht in diese Richtung geführt. Sie hat zwar die Wiedervereinigung Deutschlands auf ihre Fahne geschrieben, aber dieser Forderung mußte die innere Glaubwürdigkeit für jeden fehlen, weil gleichzeitig damit ein europäisches System der Eingliederung in den Westen unternommen wurde, die sogenannte Integrationspolitik, die einer Politik der Wiedervereinigung Deutschlands strikt zuwider lief. Denn es war klar, daß die Russen, auf deren Zustimmung man angewiesen ist, wenn man Deutschland mit friedlichen Mitteln vereinigen will, die Ostzone nicht aus ihren Händen lassen würden, wenn sie sie damit unweigerlich in die europäische Verteidigungsgemeinschaft entließen. Und es war klar, daß man nicht einmal Westeuropa auf einer vernünftigen Basis einigen konnte, wenn man nicht Organisationsformen fand, in denen sich nicht wenigstens alle westeuropäischen Länder diesseits des Eisernen Vorhanges gemeinsam zu einem europäischen Aufbau finden konnten. Die Unternehmen der sogenannten sechs Schumanplan-Länder, die Montan-Union, die EVG und auch die geplante politische Gemeinschaft mußten schon aus diesem Grunde ihren eigentlichen Sinn verfehlen: Der europäischen Einigung zu dienen. Schließlich kann man auch nicht die Einheit Deutschlands als Ziel proklamieren und gleichzeitig das Saargebiet quasi abschreiben, noch dazu unter dem Titel einer "Europäisierung".

Krieg, Handel und Piraterie

Die Arbeiterschaft hat immer, seitdem sie vor 65 Jahren die regelmäßige Feier des 1. Mai zum internationalen Beschluß erhoben hatte, den Kampf gegen die Kriegsgefahren für eine ihrer vornehmsten Aufgaben gehalten. Sie hat immer die Zusammenhänge klar erkannt, die

zwischen dem Krieg und einer Besserung der sozialen Lage, gerade der arbeitenden Schichten, bestanden. Der Kampf um die Absatzmärkte wurde gerade deshalb zu einem besonders dringenden Problem für die sogenannte "Wirtschaft", weil sie sich nie freiwillig dazu verstanden hat, die Verteilung des Sozialproduktes so gerecht vorzunehmen, daß zunächst einmal der innere Markt durch die Stärkung der Kaufkraft der arbeitenden Massen so erweitert wurde, daß der Kampf um den äußeren Markt unverhältnismäßig viel an Bedeutung verloren hätte.

Diesen Kampf um den äußeren Markt mit friedlichen Mitteln zu führen, durch Einrichtung von internationalen Schiedsgerichten und Exekutivorganen, die den Krieg als ein Mittel der Politik definitiv unnötig und unmöglich machen mußten, ist, soweit das überhaupt geschehen ist, unter dem ständigen Druck der sich durchsetzenden Emanzipation der Arbeiterschaft erfolgt. Ohne sie würde Goethe dauernd recht behalten, wenn er sagt: "Krieg, Handel und Piraterie, dreieinig sind sie, nicht zu trennen!"

Der Kampf um den Frieden und der Kampf um die soziale Gleichberechtigung sind nicht zu trennen. Das sind die Forderungen, die die Arbeiterschaft auch heute noch trotz ihrer großen sozialpolitischen Erfolge und trotz der ständigen Durchsetzung ihrer Befreiung erreicht hat. Aber der Kampf um die Freiheit ist niemals abgeschlossen. Er muß in unserer Zeit mit noch größerer Kraft geführt werden, weil die Gefahr kriegsgerischer Auseinandersetzungen heute den Untergang der ganzen zivilisierten Welt bedeuten kann.

Auch der Wohlstand ist unteilbar!

Die Welt ist kleiner geworden. Deshalb müssen wir gerade, wenn wir am 1. Mai uns zu einer Feier zusammenfinden, daran denken, daß wir keinen Grund haben, selbstzufrieden auf die Errungenschaften der Arbeiterschaft in Europa und in Amerika zu blicken. Noch immer verhungern Millionen von Menschen in Asien, weil der Lebensstandard, verglichen mit dem europäischen, von einem unbeschreiblich niedrigen Niveau ist. Wie aber der Friede und der Krieg heute unteilbar geworden sind, ist es auch der Wohlstand. Es wird keinen wirklichen Frieden und keine soziale Befriedung geben, solange die asiatische Welt sich in kolonialer oder halbkolonialer Unterdrückung befindet. Die Kämpfe in Indochina und der Streit um Korea liegen deshalb auch uns Deutschen so nahe wie der Kampf um die Einheit Deutschlands. Genau wie der Kampf um die Einheit Deutschlands und um die Befreiung der 18 Millionen aus

den Terror der sowjetischen Besatzungsmacht nicht mehr als ein für sich existierendes Problem angesehen werden kann, genau so wenig können wir, wie etwa zu Goethes Zeiten der europäischen Spießer, beruhigt über den Frieden in Europa sein, wenn die Völker im Osten "aufeinanderschlagen".

Die Europapolitik der Sozialdemokratischen Partei ist geleitet von diesen Erkenntnissen. Nur Demokraten sind in der Lage und werden willens sein, ihre Freiheit wirklich und wirksam zu verteidigen. Die deutsche Wirtschaft hat dank des Streites zwischen den beiden Weltkriegen eine verhältnismäßig gute Zeit gehabt. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese wirtschaftliche Situation keineswegs gesichert ist. Aber nur eine Sicherung des Arbeitsplatzes ist für jeden eine Garantie, daß die Geißel der Arbeitslosigkeit uns endgültig nicht mehr bedroht. Und nur eine echte Beteiligung des arbeitenden Menschen an der Gestaltung der Wirtschaft wird aus der heutigen politischen Demokratie Deutschland eine echte demokratische Nation entstehen lassen können. Eine Europapolitik muß basieren auf der Anerkennung der Gemeinschaft aller Nationen, auf ihrer Gleichberechtigung und auch ihrer gleichmäßigen Beteiligung an militärischer Sicherheit, die ihrerseits in einem System kollektiver Sicherheit gegründet sein muß.

Krieg dem Kriege

Deutschlands Kampf um seine Einheit wird nur erfolgreich sein, wenn durch Verhandlungen mit den Russen, wie sie seit Berlin nach jahrelanger Unterbrechung wieder begonnen haben, erreicht werden kann, daß das vereinigte Deutschland von niemandem als eine mögliche Angriffsmacht betrachtet werden kann, sondern als eine freie Nation in die Vereinten Nationen aufgenommen wird, die dann über einen militärischen Beitrag Gesamtdeutschlands zur Weltsicherheit mit Deutschland zusammen zu schließen haben werden.

Hier liegt die Möglichkeit des Friedens. Und hier liegt deshalb die unbedingte Verpflichtung für alle, für ihn zu kämpfen. Die Atombombe hat uns schauerliche Aussichten eröffnet. Aber wir sollten bedenken, daß selbst bei einer Ausschließung der Atomwaffe als einer möglichen Angriffs- oder Verteidigungswaffe aus dem Kriegshandwerk der Krieg selbst nicht gebannt ist. Auch in einem ohne Atomwaffen geführten Krieg entwürdigt sich die Menschheit genau so, wie in einem mit Atomwaffen. Mit oder ohne Atomwaffen muß der Krieg geächtet werden. Seine Möglichkeiten müssen bekämpft werden, wo die Ursachen der Weltkonflikte liegen: in wirtschaftlicher, sozialer und staatsrechtlicher Ungleichheit, in machtpolitischer und imperialistischer Besessenheit und in der Verkenning des Grundsatzes, daß alle Menschen und alle Nationen ihren eigentlichen Sinn nur darin erblicken können, in friedlicher Konkurrenz zu einer möglichen Steigerung des kulturellen Lebens beizutragen, also zu einer Form der Gesellschaft, die allein der Menschenwürde entspricht, und in der, nach Jean Jaurès Vorstellungen, jede Nation eine harmonische Seite in der Lyra der Vereinigten Völker bildet.

Die Führer der chinesischen Delegation

H.P. In der Bundesrepublik ist es schwierig, die für uns so gleichklingenden Namen der Chinesen auseinander zu halten. Es ist daher gut, sich jetzt schon mit einigen wenigen Namen vertraut zu machen, deren Träger auf der Genfer Konferenz eine Rolle spielen werden, wenn auch möglicherweise mehr hinter den Kulissen als vor dem Forum der Weltöffentlichkeit selbst.

Über den chinesischen Ministerpräsidenten und Außenminister der Peking-Regierung, Tschu En-lai, ist auch im Westen einiges bekannt. In seinem Gefolge befinden sich drei stellvertretende Außenminister, von denen es im ganzen fünf gibt. Die bekanntesten von ihnen sind Wang Chia-hsiang und Chang Wen-tien. Beide haben eine bewegte Vergangenheit hinter sich. In den turbulenten zwanziger Jahren sandte Moskau eine Reihe von geschulten Berufsrevolutionären nach China, die später als die "28 Modell-Bolschewiken" bekannt wurden. Die beiden stellvertretenden Außenminister waren unter diesen 28, obwohl sie es beide bis heute nicht geschafft haben, in das eigentliche Machtzentrum in China, das Politbüro, einzudringen. Diese Feststellung ist deshalb von Bedeutung, weil in allen kommunistisch regierten Staaten die Macht letzten Endes von der kommunistischen Partei und ihren Organen ausgeht und nicht etwa von der Regierung oder gar ihren Diplomaten.

Chang Wen-tien, der heute etwas über 50 Jahre alt ist, wurde in der Provinz von Kiangsu geboren. Als junger Mann ging er nach der Sowjetunion, wo er auf seine Rolle als kommunistischer Agitator vorbereitet wurde. Unter dem Pseudonym Lo Fu wurde er als chinesischer Publizist bekannt und berüchtigt wegen seiner besonders heftigen Angriffe gegen den westlichen Imperialismus und seine Kolonialpolitik. Er ist einer der wenigen der chinesischen kommunistischen Hierarchie, der eine amerikanische Universität (an der pazifischen Küste) besuchte und daher seine Erziehung, zu einem Teil wenigstens, im Westen genoß. Eine zeitlang widmete er sich ganz der marxistisch-leninistischen Theorie. Dann wurde er vorübergehend Leiter des wichtigsten Sektors im Politbüro, dem sogenannten Org-Büro. Heute jedoch ist er nur eines der 77 Mitglieder des zentralen Exekutivkomitees, das 1945 gewählt wurde und zu dem seit dieser Zeit keine Neuwahlen stattfanden.

Als im Jahre 1950 die Peking-Regierung zum ersten Mal sich um die Zulassung zu den Vereinten Nationen bemühte, sandte ihr Außenminister Tschu En-lai dem damaligen Generalsekretär der UN, Trygve Lie, ein Telegramm, in dem er ihm mitteilte, daß Chang Wen-tien als Chinas permanenter Vertreter im Sicherheitsrat vorgesehen sei. Als die Peking-Regierung jedoch aufgefordert wurde, ihre Anklagen gegen die angebliche amerikanische Aggression in China und Korea vor dem Forum der Vereinten Nationen zu beweisen, wurde Chang Wen-tien übergangen und ein anderer nach Lake Success geschickt. Dieser, Wu Hsiu-chuan, entledigte sich seiner Aufgabe in einem derart orthodoxen kommunistischen Stil, daß er nach seiner Rückkehr zum stellvertretenden Außenminister ernannt wurde.

Zweiter stellvertretender Außenminister im Gefolge von Tschu En-lai ist Wang Chia-hsiang. Wenig über 50 Jahre alt, studierte er in einer amerikanischen Missionsschule in Shanghai und später in Moskau. Er beherrscht perfekt sowohl die russische wie die englische Sprache. Im Jahre 1927 kehrte er aus Rußland nach China zurück, wo er eine englischsprachige Wochenzeitung "Labor News" herausgab. Danach gehörte er zu dem engeren Kreis der politischen Kommissare in der chinesischen Roten Armee und war Vizepräsident des Revolutionären Militär-Rates.

Als er an Tuberkulose erkrankte, schickte man ihn im Herbst 1949 als ersten Botschafter der Peking-Regierung nach Moskau, wo er den Besuch seiner Chefs Mao Tse-tung und Tschu En-lai vorzubereiten hatte. Er wird heute nicht zur politischen Elite gerechnet, sondern verdankt seine Mission nach Genf wahrscheinlich mehr seinen Sprachkenntnissen und seinem Diplomatenstatus.

Der dritte stellvertretende Außenminister in der chinesischen Delegation in Genf ist Li Ko-nung. Er ist als junger Student zur revolutionären Bewegung gestoßen und ein treuer Parteigänger im Verwaltungsapparat. Eine gewisse Rolle spielte er als Generalsekretär des Vereinigten Kriegerates im chinesisch-sowjetischen Grenzbezirk. Vor seiner Ernennung zum stellvertretenden Außenminister war er Sozialminister in der Peking-Regierung.

+ + +

Ein Bundesrichter auf der Anklagebank

-dt-Hannover

Ein Bundesrichter auf der Anklagebank ist gewiß keine Alltäglichkeit und es ist ebenso gewiß keine schöne Angelegenheit. Schön ist an dem "Fall Beyer", um den es hier geht, überhaupt nichts, es sei denn die Bestätigung des Sprichwortes von dem Mann, der anderen eine Grube graben wollte. Indes ist der "Fall Beyer" zu ernst, als daß man ihn nur mit Schadenfreude zudecken könnte.

Dr. Beyer war jahrelang Personalreferent beim niedersächsischen Ministerpräsidenten, der Mann, bei dem Einstellungen und Beförderungen im Staatsdienst aktenkundig wurden. So ein Posten verlangt viel Vertrauen und Kopf gab es überreichlich, auch in der privaten Sphäre. Er ist jahrelang getäuscht und schließlich enttäuscht worden. Das ist die menschliche, die charakterliche Seite des "Falles Beyer". Der anderen, der juristischen Seite hat sich nun der Staatsanwalt angenommen und Dr. Beyer angeklagt, "eine ihm amtlich zugängliche Urkunde vorsätzlich beiseitegeschafft zu haben". Dafür gibt es im Strafgesetzbuch den § 348, Absatz 2.

1945 war Dr. Beyer als Flüchtlingsanwalt nach Hannover gekommen; Kopf nahm ihn in die Staatskanzlei und binnen wenigen Jahren, mit vier von Kopf gewährten Ausnahmegenehmigungen, war Beyer Ministerialrat. Manch anderer muß dafür ein Leben lang dienen. Dr. Beyer, die Korrektheit in Person, liest man das, was er von sich gibt, nahm daran keinen Anstoß; im Gegenteil, der jähe Aufstieg regte den Appetit des Knaben, der an der Quelle saß, gewaltig an, er wollte noch Ministerialdirigent werden und als daraus nichts wurde, bewarb er sich um den Posten eines Bundesrichters. Der ahnungslose Kopf half ihm dabei. Am dem Tag, da Beyer die Ernennungsurkunde für Karlsruhe in der Tasche hatte, veröffentlichte er seinen herüchtigten "Abschiedsbrief", in dem er Kopfs Personalpolitik in einer sensationellen Form angriff.

Seither hat der "Beyer-Ausschuß" des niedersächsischen Landtags, von der Opposition gerufen, sechsendvierzigmal teils geheim, teils öffentlich getagt, aber die erhofften Sensationen waren dürftig. Mit Krampf herbeigeholte Schlagzeilen verblaßten, wenn man sie auf ihre Substanz prüfte; übrig blieb die Erkenntnis, daß bei einem hastigen

Staatsaufbau, wie er nach 1945 von Grund auf geschehen mußte, zwangsläufig die Personalpolitik anders aussieht als in einem Jahrzehnt ruhiger, kontinuierlicher Entwicklung. Und wer wollte beispielsweise in Bonn oder in einer Landeshauptstadt Kopf widersprechen, der im Landtag sagte, "daß bei der Besetzung einzelner leitender Posten, die funktionell und repräsentativ auf das engste mit der unmittelbaren Durchführung der Regierungspolitik verbunden sind, auch Erwägungen stattfinden müssen, die im Zusammenhang mit der politischen Richtung des betreffenden Beamten stehen". Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich auszumalen, was die SPD für Schlagzeilen bekäme, wenn es einen "Bonner Beyer" gäbe. Allerdings sollte er nicht Bundesrichter sein, dann wäre es schon besser, auf die Sensationen zu verzichten,

Der Staatsanwalt von Hannover hat aus dem "Fall Beyer" ein Delikt herausgegriffen, das sich mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches messen läßt. In den Sitzungen des Beyer-Ausschusses ist noch mehr zur Sprache gekommen; Dinge, die das Strafgesetzbuch vielleicht nur streifen, moralisch aber auf den so korrekten Staatsbeamten Beyer, ob Personalreferent oder Bundesrichter, ein bedenkliches Zwielicht wirft. So hat sich Beyer jahrelang aus den ihm zugänglichen Akten Notizen gemacht, die nur Beamte betrafen, von denen man wußte, daß sie den Regierungsparteien nahestehen. Das nennt man schlicht Material sammeln, Material für einen bestimmten Zweck, und gesammelt hat das Material ein Mann, der sich, solange er niedersächsischer Staatsbeamter war, den Anschein zu geben wußte, daß er der SPD nahestehe. Es erübrigt sich, ein solches Verhalten zu charakterisieren, es genügt vielleicht, daran zu erinnern, daß Dr. Beyer vom Landtagsausschuß bewußt nicht vereidigt wurde.

Der Fall Beyer war im vergangenen Jahr der Wahlschlager der CDU Niedersachsen. Am 19. Januar war der Beyer-Brief veröffentlicht worden, Mitte Juni offerierte ihn das Wochenblatt der CDU "solange der Vorrat reicht zum Preise von 5 Pfg pro Stück". Er hat der SPD in Niedersachsen nicht geschadet, sie hat bei den Bundestagswahlen mehr Stimmen bekommen als in den Jahren 1949 und 1951, als es noch keinen Beyer-Brief gab. Für Dr. Beyer aber ist er zu einem Bumerang geworden, wie auch der Prozeß vor dem Landgericht Hannover ausgehen mag.

+ + +

Aus der Enge hinaus

ne. In diesen Tagen der ersten Besprechungen zwischen den Vertretern asiatischer Länder und den Konferenzroutiniers der Großmächte in Genf wird der deutschen Öffentlichkeit zum Bewußtsein kommen, in welcher enger Verflechtung die großen internationalen Probleme unserer Zeit miteinander verbunden sind. Nicht, daß man bisher die Berichte über Korea und Indochina nicht gelesen hätte. Aber das Gefühl, wenigstens im Augenblick "weitab vom Schuß" zu sein, war doch weit verbreitet. Und selbstgenügsame Bürgerlichkeit schafft schnell ein Klima der Verständnislosigkeit für größere Zusammenhänge.

Auf der am Sonntag beendeten Tagung der Deutsch-Englischen Gesellschaft in Königswinter, die unter dem verbindenden Thema "Zwischen Berlin und Genf" stand, klang diese Warnung vor dem verständnislosen Abseitsstehen der Deutschen bei Gesprächen über Probleme der anderen Völker an. Zweifellos haben wir im eigenen Haus genug schwerwiegende Schäden, die repariert werden müssen. Aber es ist doch wohl keineswegs abwegig, wenn der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch in der Aussprache darauf hinweist, daß wir uns ernsthaft gegen die Tendenzen zur Etablierung eines "westdeutschen Provinzialismus" zur Wehr setzen müssen. Genf soll auch in dieser Richtung ein Ansporn sein.

Unabhängig vom Ausgang der Konferenz wird es für die Völker des Westens in den nächsten Jahrzehnten nicht leicht sein, durch andauernde Bemühungen den Versuch zu unternehmen, das berechtigte Mißtrauen der Menschen in Asien gegenüber Europa und den USA aus dem Wege zu räumen. Zu tief hängen noch die dunklen Schatten einseitiger Kolonialpolitik über dem gelben Kontinent. Aber vielleicht kann gerade an diesem Punkt das neuerstandene Deutschland einen entscheidenden Beitrag zur Vorständigung leisten. Im übrigen haben wir nach den schrecklichen Jahren überheblicher Machtstrotzerei allen Anlaß zu lernen, wie man fremden Rassen und Völkern die Hände reicht.

Daß unser Beitrag nicht so sehr auf materiellem Gebiet liegen kann, scheint selbstverständlich. Aber wir haben zahlreiche befähigte Menschen, die ihr Fach verstehen und die Freude an der Arbeit finden. Wir sollten uns bemühen, sie in verstärktem Maße als Botschafter guten Willens in den Fernen Osten zu schicken. Und die Jugend dieser aufstrebenden Länder sollten wir mehr als bisher einladen, an unseren Universitäten zu studieren. Bereits jetzt geht ein erheblicher Prozentsatz der indischen Auslandsstudenten an Institute in der Sowjetunion.

Mit einem Wort: Wenn es darum geht, das Vertrauen und die Freundschaft des Fernen Ostens für den Westen zu gewinnen, darf Deutschland nicht abseits stehen. Im Klima provinzieller Bürgerlichkeit dürfte diese Aufgabe allerdings kaum zu bewältigen sein.

+ + +

Uniformen für die FDJ

Mit der Herstellung von 350000 neuen FDJ-Uniformen wurde die Thüringer Textil-Industrie (Schwarza, Apolda, Auerbach und Döbeln) beauftragt. Die Uniformen sollen leihweise an die Teilnehmer des sogenannten 2. Deutschlandtreffens der FDJ (Pfingsten d. J. in Berlin) ausgegeben werden. Interessenten sollen sich auch solche Kombinationen für 35,- Ostmark kaufen können. Die westdeutschen Teilnehmer erhalten die Uniformen unentgeltlich. Für sie werden weiße Ärmelstreifen mit der Aufschrift "Westdeutschland" hergestellt.

Verantwortlich: Peter Raunau